



Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft

Maria Theresienstraße 9/8b, 1090 Wien

t: 3173127, f: 3102238; swsrs@aon.at; www.sws-rundschau.at

PRESSEKONFERENZ VOM 29.07.2008

PRESSEUNTERLAGEN

Aktuelle Meinungsbilder in Österreich

- 1. *Einleitung: Zur aktuellen weltwirtschaftlichen Situation & ein einfaches Beispiel für den privaten Nutzen der EU***

Referent: Dr. Heinz Kienzl

- 2. *Demokratievertrauen in Österreich am „rock bottom“***

Referent: Prof. Dipl.-Ing. Ernst Gehmacher

- 3. *Wann hätten die ÖsterreicherInnen gerne gewählt?
&
Prinzipielle Teilnahmebereitschaft der ÖsterreicherInnen
an demokratischen Wahlgängen***

Referent: Direktor Herbert Skarke

- 4. *Was erwarten die WählerInnen von einer Steuerreform?
Eine Zeitreihe***

Referent: Mag. Marc Bittner

Zeit: Dienstag, 29. Juli 2008, 10.00 Uhr

Ort: *Café Griensteidl* (Karl Kraus-Saal), 1010 Wien, Michaelerplatz 2

Diese Presseunterlagen stehen ab dem 29.07.2008 unter
<http://www.sws-rundschau.at/html/downloads.php>
im pdf.-Format zum Download zur Verfügung

Ankündigungen aktueller SWS-Presskonferenzen finden Sie auch unter
<http://www.sws-rundschau.at/html/presskonferenz.php>

Hintergrund:

Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS) führte – mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) - im Juni 2008 eine für Österreich repräsentative Face-to-Face-Befragung zu mehreren Themenbereichen unter ca. 1.000 Befragten durch (SWS-Fragebogen 379). Die folgenden Ausführungen und Analysen beruhen vor allem auf diesem Datenmaterial. Ergänzt wird das präsentierte Material durch Vergleichsdaten früherer SWS-Umfragen.

Dr. Heinz Kienzl

Einleitung: Zur aktuellen weltwirtschaftlichen Situation & ein einfaches Beispiel für den privaten Nutzen der EU

Die Hypothekarkrise am US-Finanzmarkt hat weltweit Banken Krisen verursacht. Vielleicht schon veraltete Schätzungen kamen zu dem Schluss, dass Kredite im Ausmaß von 400 Mrd. Dollar uneinbringlich und abzuschreiben sind. Für Europa bestand die Gefahr, dass die Banken keine Zwischenbankeinlagen zu geben wagten und die Kreditblockade auch Zusammenbrüche in der Realwirtschaft verursacht hätte. Die Europäische Zentralbank hat mit ihren Liquiditätshilfen vorerst eine Wirtschaftskatastrophe in Europa abgewehrt, allerdings mit der Folge, dass die – vor allem vom Erdölsektor ausgelöste – Inflation monetär alimentiert wurde.

Wenn eine Volkswirtschaft wie die USA acht Jahre lang ein Leistungsbilanzdefizit zwischen vier und sechs Prozent des Bruttoinlandprodukts ausweist, liegt der Verdacht nahe, dass diese Volkswirtschaft – bildlich ausgedrückt – an Kernfäule leidet. Durch die Finanzkrise mussten vor allem die amerikanischen Banken rund 100.000 Stellen abbauen. Strategisch wichtige Branchen wie die Autoindustrie, die Flugzeugindustrie, der Hochbau und das Baunebengewerbe, die Stahlindustrie, der Raffineriesektor sowie die Erdölförderung haben ebenfalls bereits Arbeitsplatzstreichungen vornehmen müssen.

In einer solchen Situation ist ein Absolutieren unserer Regierung milde gesagt unzeitgemäß. Dank früherer Regierungen sind wir Mitglied der Europäischen Union, die ein Minimum an Stabilität garantiert. Der starke EURO mildert den Inflationsdruck, denn alle Welthandelswaren vom Erdöl bis zur Sojabohne importieren wir um die Hälfte billiger als wenn wir noch den Dollar als Leitwährung hätten.

Der kleine Mann fragt aber immer, was habe **ich** davon? Ein einfaches und hoffentlich jedem einleuchtendes Argument liegt in Zahlen und grafisch dargestellt auf der folgenden Seite der Presseunterlagen. Wörtlich: Wenn wir nicht den Euro hätten, müssten Sie beim Volltanken statt 70 EURO 120 bis 130 EURO zahlen.

Wie [Grafik 1](#) verdeutlicht, erreichte das Leistungsbilanzdefizit der USA in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) im Jahr 2000 4,3% und erhöhte sich danach bis 2006 weiter auf 6,2%. Im Jahr 2007 erfolgte dann ein Rückgang auf 5,3%.

Grafik 1:

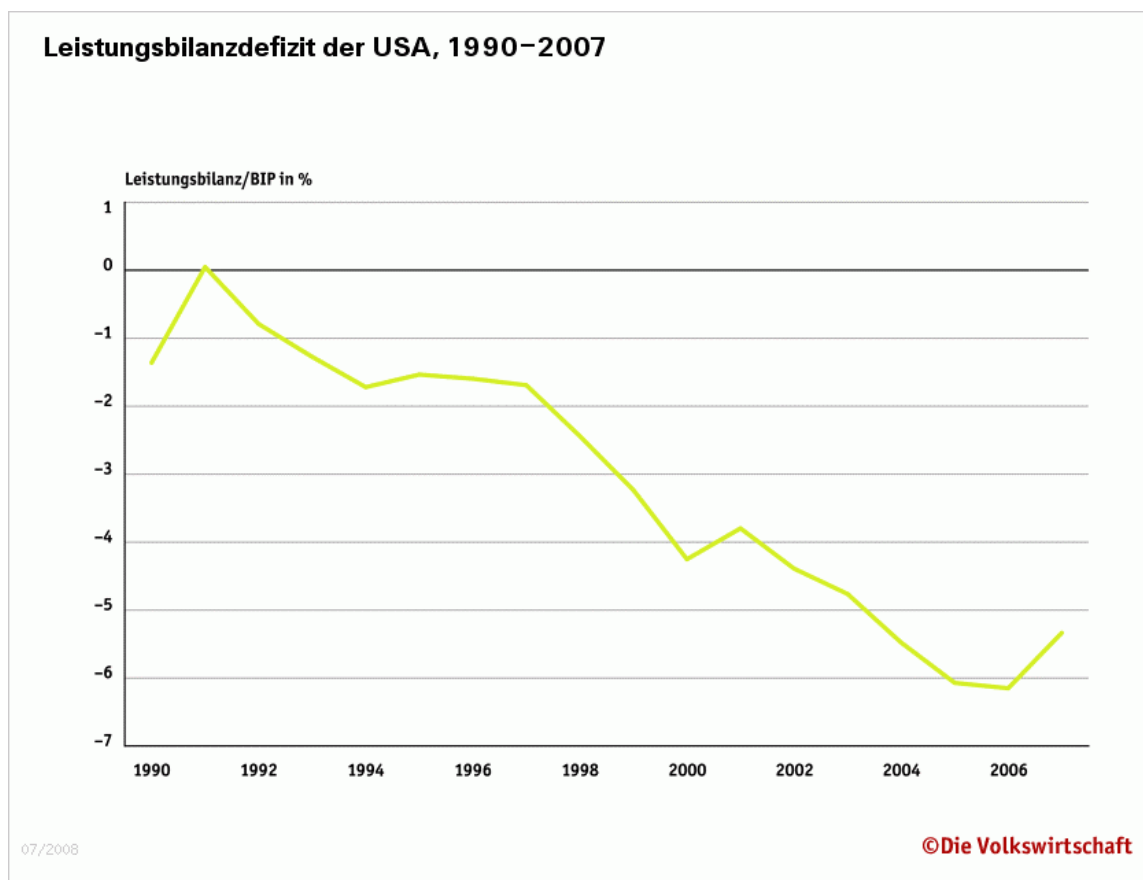


Tabelle 1:

Benzinpreissteigerung USA - Österreich (1999-2008)		
Preise pro Liter Normalbenzin (95 Oktan) MIT Steuern		
	USA	Österreich
1999	0,358 USD	0,814 EUR
2008	0,814 USD	1,192 EUR
Preissteigerung in %	127,37%	46,44%
Preise pro Liter Normalbenzin (95 Oktan) OHNE Steuern		
	USA	Österreich
1999	0,257 USD	0,264 EUR
2008	0,708 USD	0,509 EUR
Preissteigerung in %	175%	92,80%
<p>Zum Vergleich ist die Tabelle OHNE Steuern besser geeignet. Man kann durchaus sagen, dass wir dank des EUROS keine so hohen Preissteigerungen wie in den USA haben. Man kann allerdings nicht sagen, dass wir ohne den EURO eine Preissteigerung von 175% - wie in den USA - hätten, da wir ja nicht wissen, wie stark der Schilling jetzt wäre. So ist z.B. auch der polnische Zloty im Vergleich zum USD sehr stark.</p>		

Demokratievertrauen in Österreich am „rock bottom“

Vor einer Krise der Demokratie?

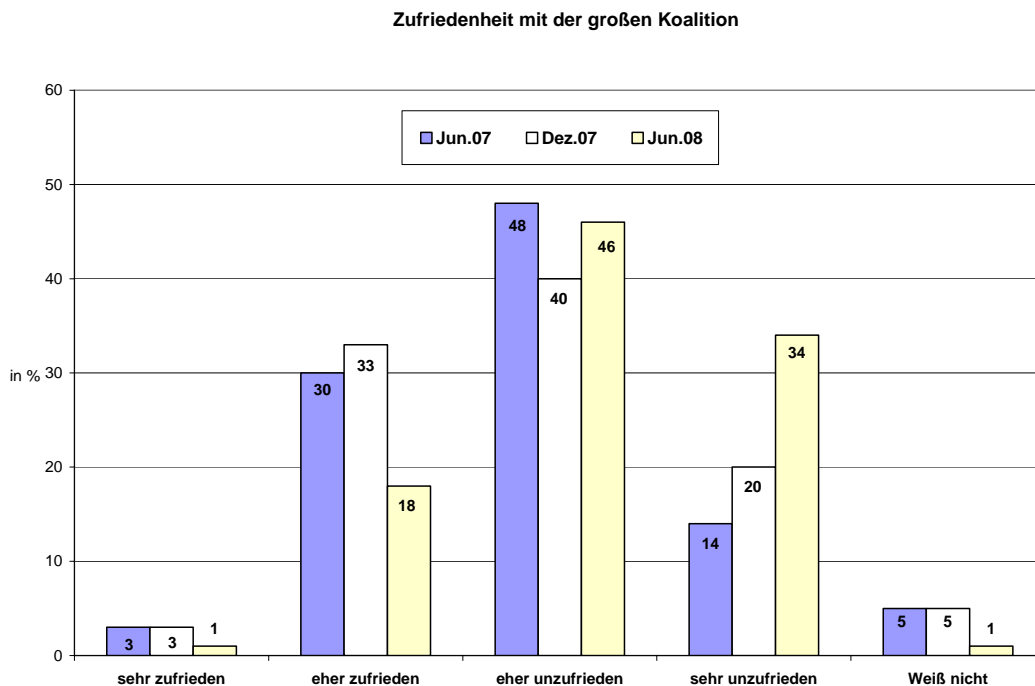
Die Zahl der von der Politik enttäuschten Wähler hat in den letzten Monaten zugenommen. Mehr als ein Drittel traut keiner Partei mehr. Es droht versagende Teilnahme an der Demokratie und der Zufallserfolg von Außenseitern – beides wäre bedenklich für die Demokratie. Das zeigen die laufenden Umfrage der SWS deutlich. Entsprechende Ergebnisse des SWS-Demokratiemonitorings werden zudem in der TV-Sendung „Bei Barazon“ auf TW1 noch im September vorgestellt.

Warum wenden sich so viele ÖsterreicherInnen von den Parteien und der Demokratie ab?

Aus den Umfragen ergeben sich drei große Ursachen, die gleichzeitig und zu vergleichbar großen Anteilen die Wählerverdrossenheit bewirken:

1. Versagen der großen Koalition (vgl. Grafik 2, die verdeutlicht, dass kurz vor der Bekanntgabe von Neuwahlen die Beurteilung der Regierung am Tiefpunkt angelangt war)
2. Schlechtes Image von SpitzenpolitikerInnen
3. Verunsicherung durch Krisenangst (ökonomisch und ökologisch)

Grafik 2:



Eine Konfliktaufschaukelung und das Überspielen von realen Belastungen durch Wahlversprechen könnten im kommenden Wahlkampf die Demokratie noch stärker schädigen und eine stabile Regierung erschweren.

Direktor Herbert Skarke

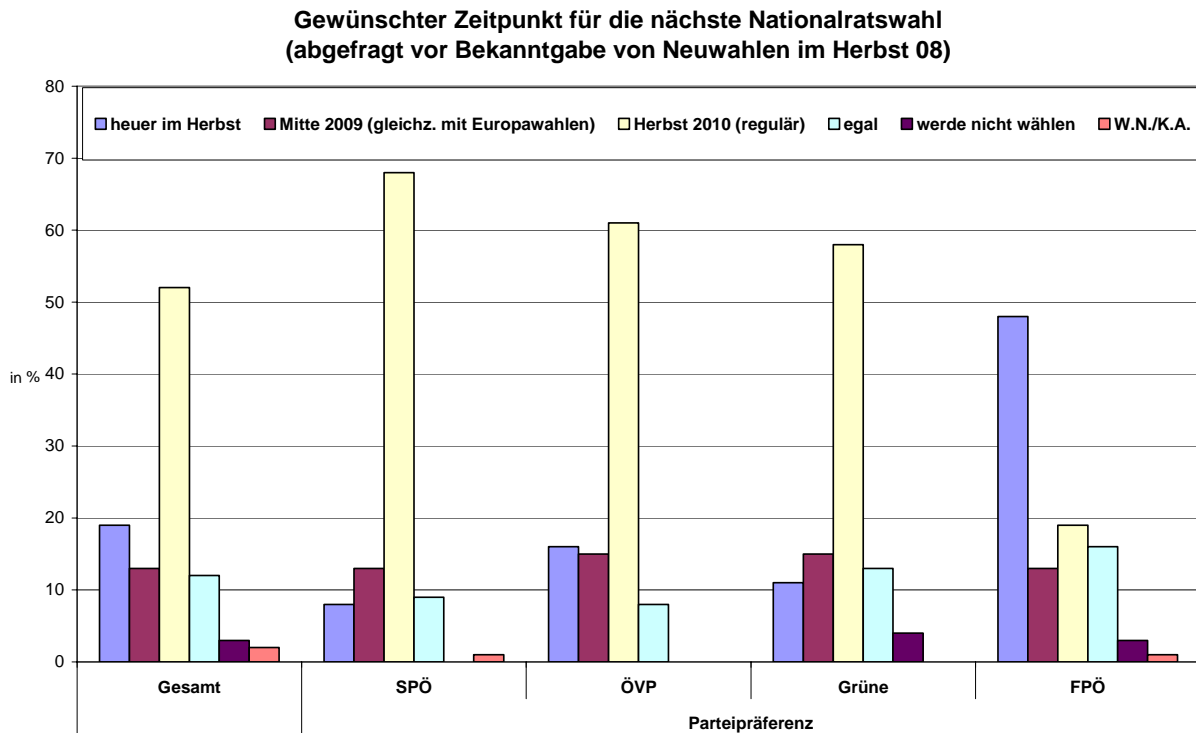
Wann hätten die ÖsterreicherInnen gerne gewählt?

Wie die folgende Grafik 3 verdeutlicht hätte sich eine deutliche Mehrheit der ÖsterreicherInnen (52%) für eine NR-Wahl zum regulären Termin im Herbst 2010 ausgesprochen. Lediglich 19% hätten sich Neuwahlen im Herbst 2008 – wie sie in der Zwischenzeit ja ausgerufen wurden – gewünscht.

Für 13% wäre ein Wahltermin gemeinsam mit den Wahlen zum Europäischen Parlament attraktiv gewesen, 12% der Befragten meinten, der Termin wäre ihnen egal.

Klar ersichtlich ist zudem, dass sich vor allem AnhängerInnen der FPÖ für Neuwahlen im Herbst 08 ausgesprochen haben (48%), die SympathisantInnen der beiden Koalitionspartner, aber auch jene der Grünen, konnten sich mit vorgezogenen Neuwahlen eigentlich nicht anfreunden – hier lag die Präferenz für Wahlen zum regulären Termin jeweils sogar deutlich über dem Durchschnitt.

Grafik 3:



SWS-FB 379, Juni 2008; N=1.004

Prinzipielle Teilnahmebereitschaft der ÖsterreicherInnen an demokratischen Wahlgängen

Hinsichtlich der prinzipiellen Bereitschaft an demokratischen Wahlgängen teilzunehmen zeigen sich folgende Muster (vgl. Grafik 4):

Über alle Befragten wird deutlich, dass jeweils knapp 80% angeben, sowohl an Gemeinderats-, Landtags- und Nationalratswahlen „sicher“ teilnehmen zu wollen – hinsichtlich der Wahlen zum Europäischen Parlament geben dies dagegen nur knapp 50% an.

Betrachtet man die Unterschiede nach dem Geschlecht ist klar ersichtlich, dass Männer jeweils zu – zum Teil deutlich – höheren Anteilen als Frauen angeben, sicher wählen zu wollen; lediglich bei Nationalratswahlen zeigen sich die Frauen beinahe gleich wahlbereit wie Männer.

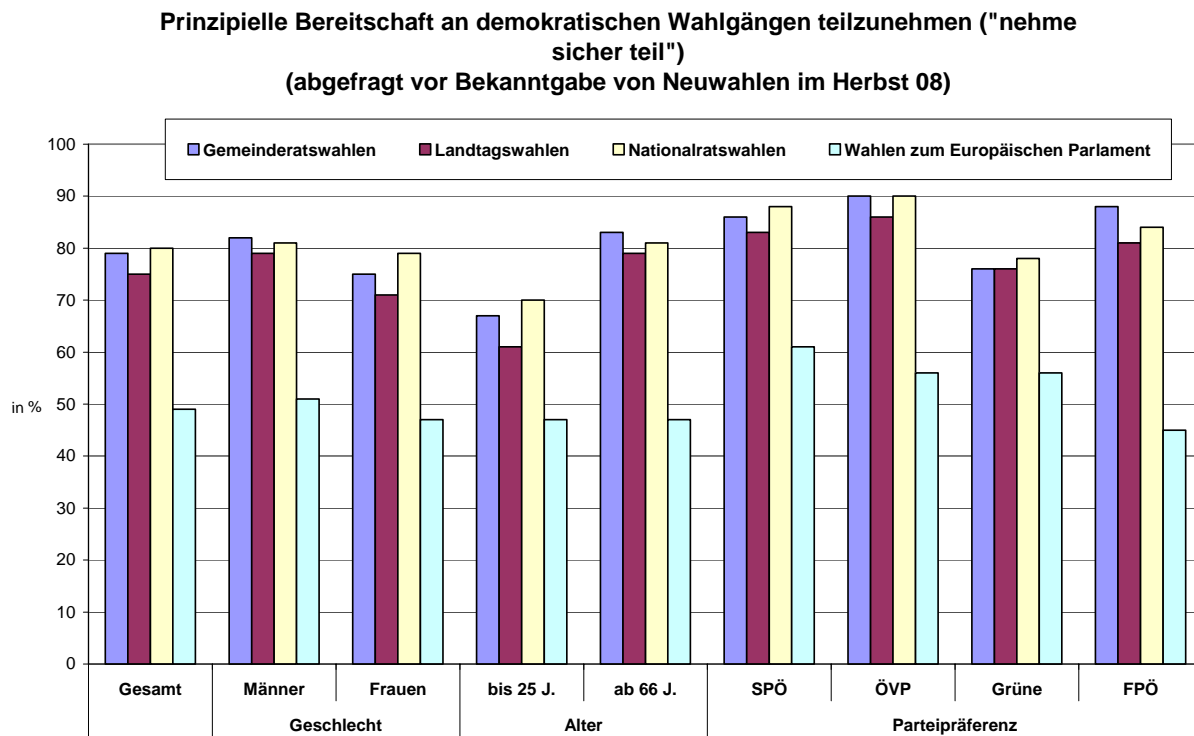
Der Vergleich der jüngsten mit der ältesten Altersgruppe macht deutlich, dass lediglich bzgl. der Wahlen zum Europäischen Parlament die „jungen“ WählerInnen (unter 25 Jahre) zu einem ähnlich hohen Anteil wie die „alten“ WählerInnen“ (ab 66 Jahre) angeben, sicher wählen zu wollen (wenngleich auf einem sehr niedrigen Niveau). Ansonsten zeigen sich die „alten“ WählerInnen deutlich wahlbereiter als die „Jungen“.

Wie halten es die SympathisantInnen der vier stimmenstärksten Parteien mit ihrer Wahlbereitschaft?

Bei den AnhängerInnen der SPÖ und der ÖVP ist ein sehr ähnliches Muster zu erkennen, allerdings scheinen ÖVP-SympathisantInnen noch einen kleinen „Tick“ wahlbereiter zu sein – sieht man allerdings von den Wahlen zum Europäischen Parlament ab, für die sich SPÖ-AnhängerInnen etwas motivierter zeigen.

Interessanterweise geben FPÖ-AnhängerInnen zu höheren Anteilen als Grün-AnhängerInnen an, sicher bei den abgefragten Wahlgängen teilnehmen zu wollen – die Ausnahme stellt hierbei wiederum die Wahl zum Europäischen Parlament dar, die für FPÖ-SympathisantInnen am - nicht unerwartet – am uninteressantesten erscheint.

Grafik 4:



SWS-FB 379, Juni 2008, N=1.004

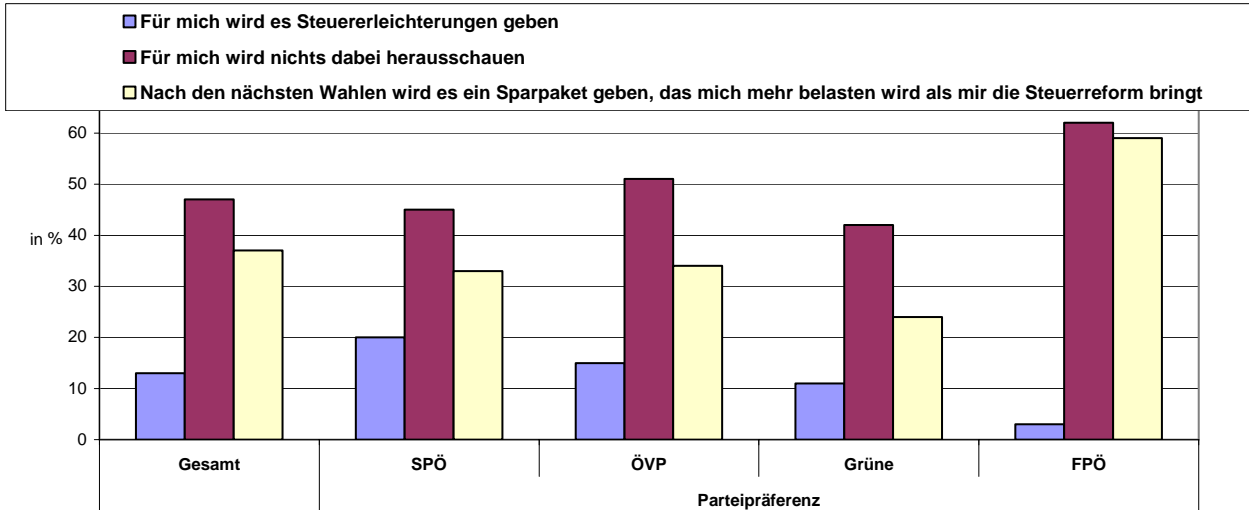
Mag. Marc Bittner

Was erwarten die WählerInnen von einer Steuerreform? Eine Zeitreihe

Die aktuelle Stimmungslage bzgl. der ursprünglich für 2010 geplanten, aber evtl. bereits auf das Jahr 2009 vorgezogenen Steuerreform stellte sich knapp vor der Neuwahl-Entscheidung folgendermaßen dar (vgl. Grafik 5): 13% der Befragten erwarten persönlich Steuererleichterungen, knapp die Hälfte der ÖsterreicherInnen meint aber, dass „nichts herauschauen“ werde. 37% der Befragten erwarten für die Zeit nach der nächsten Wahl (die zum Erhebungszeitpunkt noch für Herbst 2010 geplant war) ein Sparpaket, das zu mehr Belastungen führt als die Steuerreform bringt (Mehrfachantworten waren möglich). Betrachtet man die Erwartungen gegliedert nach der Parteipräferenz zeigt sich, dass SPÖ-AnhängerInnen relativ am stärksten mit Steuererleichterungen rechnen, allerdings auch nur zu 20%. ÖVP-Sympathisantinnen zeigen sich etwas skeptischer, die größten Vorbehalte finden sich bei FPÖ-AnhängerInnen, die zu einem Anteil von über 60% mit keinen Vorteilen durch die Steuerreform rechnen und zudem zu knapp 60% von einem neuen Sparpaket ausgehen.

Grafik 5:

**Erwartungen an die geplante Steuerreform (Mehrfachantworten waren möglich)
(abgefragt vor Bekanntgabe von Neuwahlen im Herbst 08)**

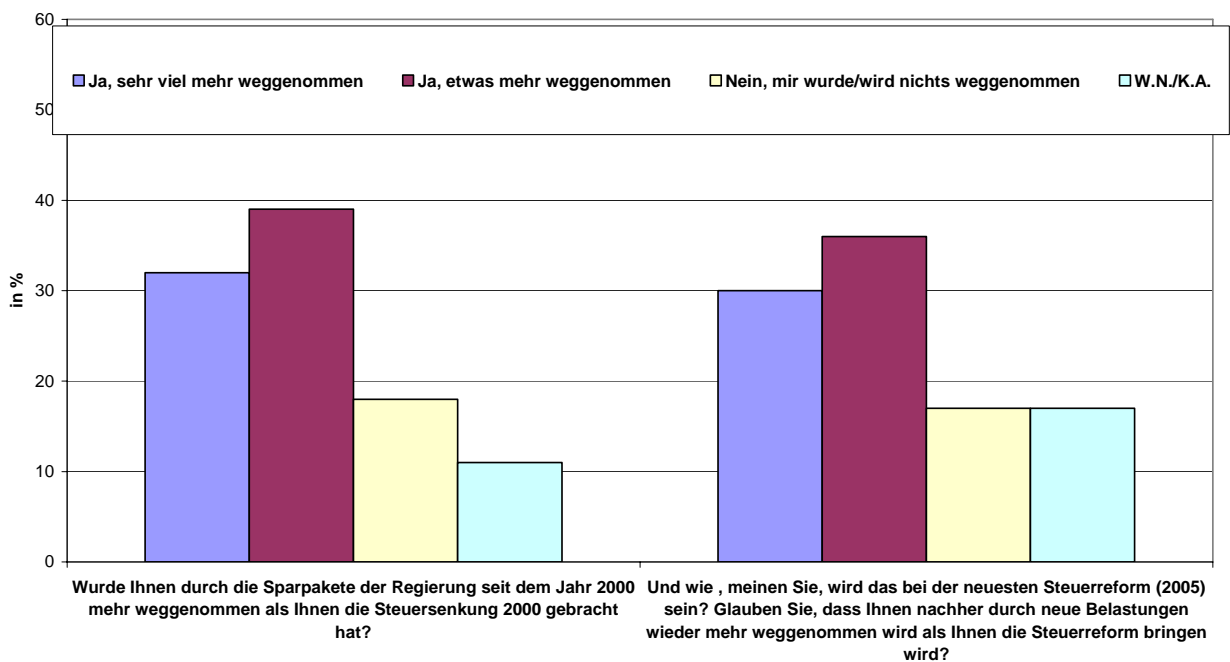


SWS-FB 379, Juni 2008; N=1.004

Die SWS hat regelmäßig Fragen zu den Erwartungen an Steuerreformen durchgeführt: Wirft man einen Blick zurück wird klar, dass auch vergangene Steuerreformen sehr kritisch beurteilt wurden: Ca. 40% der ÖsterreicherInnen meinten im Jahr 2004, dass die Sparpakete seit 2000 mehr Nachteile bedeuteten als die vorangegangene Steuerreform gebracht hat. Und prospektiv wurde damals zu einem ähnlichen Anteil davon ausgegangen, dass auch die neue Steuerreform des Jahres 2005 ähnliche Effekte mit sich bringen würde (vgl. Grafik 6).

Grafik 6:

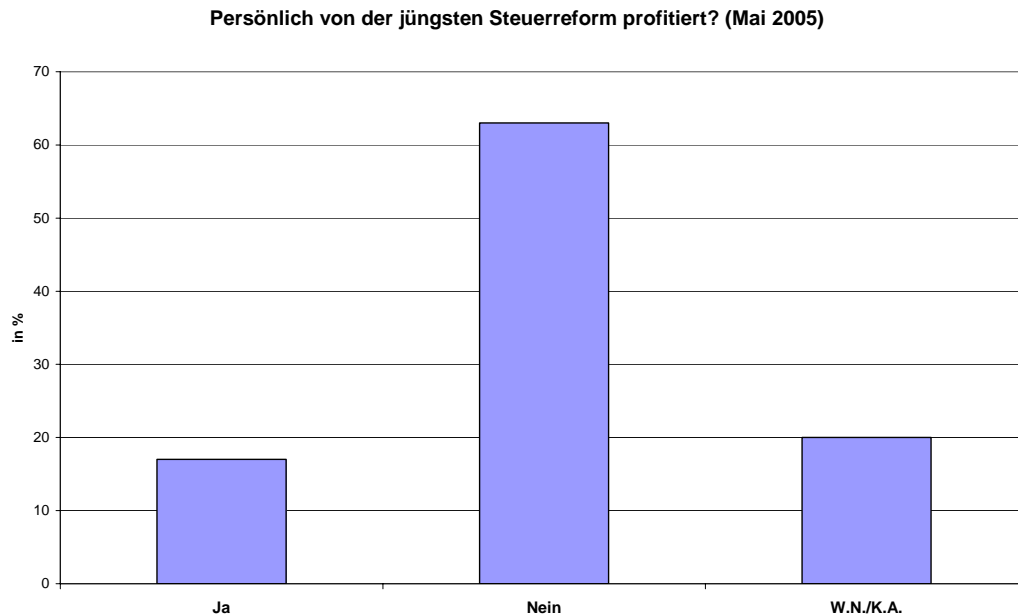
Einschätzung des Nutzens früherer Steuerreformen



TELSWS 144, Januar 2004, N = 993

Dementsprechend gaben nach der im Jahr 2005 erfolgten Steuerreform knapp über 60% der ÖsterreicherInnen an, nicht von der Steuerreform profitiert zu haben (vgl. Grafik 7).

Grafik 7:



SWS FB 363, Mai 2005, N = 1.029

Die Erfahrung hat also gezeigt, dass eine Steuerreform keine Wählermassen zu gewinnen imstande ist, sondern eher ein Heer von Enttäuschten vorprogrammiert. Eine nach der Bildung einer neuen Regierung überhastet und unausgereift aus dem Boden gestampfte Reform, die der sozialen Gerechtigkeit zuwenig Rechnung trägt, würde wohl wiederum in Unzufriedenheit münden.

Zudem ist angesichts eines drohenden Konjunkturrückgangs zu erwarten, dass eine Steuerreform nicht den erwünschten Effekt auf den Konsum hätte.